



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ollivier´s Fortgang und Aussichten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

später, wenn auch in mildesten und am wenigsten acuten Form derselben Völkerverkrankung zu unterliegen, welche Heinrich v. Treitschke in dem „Bonapartismus“ mit so großer Wahrheit geschildert hat. Schließlich ist die Menschennatur in den Grundbedingungen ihres Seins in der modernen Welt überall dieselbe, und es walten allgemeine Grundgesetze über das Werden und Vergehen der Völker. Diesen Royalismus der Nation zu geben, zu erhalten und zu steigern ist aber vor Allem Aufgabe der Herrscher selbst.

D. W.

Ollivier's Fortgang und Aussichten.

15. Februar.

Ollivier's unglückliche Behandlung der Rochefort-Affaire bietet einen neuen Beweis für den Satz, daß politische Fehler wie Lügen stets eine zahlreiche Nachkommenschaft haben. Kein Verständiger hatte Sympathie für den kläglichen Agitator, der sich allein durch persönliche Invektiven einen ephemeren Ruf gemacht, die größte Strafe seitens der liberalen Minister war, ihn zu ignoriren und ihn zur verdienten Bedeutungslosigkeit sinken zu lassen, indem es ihm freien Raum gab sich in der Kammer lächerlich zu machen, wozu er auf dem besten Wege war. Statt dessen wollte Ollivier zeigen, daß auch eine liberale Regierung im Stande sei, dem Gesetz Nachdruck zu verleihen und bestand auf seiner Verfolgung wegen eines Artikels, wie solche unter Forcade vielfach unbehelligt erschienen waren. Damit machte er den schwachen Demagogen zum politischen Märtyrer und setzte sich der Anklage seiner Gegner aus, daß er vor allem seinen Verpflichtungen gegen den Kaiser nachkommen wolle. Wir halten diese Anklage für unbegründet; wenn Napoleon Ollivier seine Stellung erschweren wollte, so hätte er wahrscheinlich eher von ihm verlangt, daß er die compromittirten Werkzeuge der persönlichen Regierung vertheidige, als daß er deren erbitterte Feinde verfolge. Aber die Folgen bleiben für den Minister gleich unglücklich. Nachdem nun einmal die Verurtheilung Rochefort's erfolgt war, so hätte die Klugheit erfordert die Vollstreckung des Urtheils bis zum Schluß der Session zu verschieben, umsomehr als dies ganz der Praxis gemäß gewesen wäre, wonach früher die Regierung den wegen politischen Vergehen Verurtheilten erlaubte, selbst den Zeitpunkt zur Verbüßung ihrer Haft zu wählen. Damit hätte man die Möglichkeit einer Neuwahl in Paris vollkommen beseitigt. Allerdings hat das Urtheil Rochefort's Mandat als Abgeordneter nicht cassirt, aber er verfehlt das Handwerk des Demagogen und weiß, daß er sich stets rühren muß

um nicht in Vergessenheit zu gerathen, es läßt sich somit zehn gegen eins wetten, daß er sein Mandat mit Pomp niederlegen und damit die Regierung zwingen wird eine Neuwahl auszusprechen. Wie bedenklich aber die Erregung ist, welche eine solche im jetzigen Augenblick in der Hauptstadt verursachen muß, liegt auf der Hand und ebenso, daß sicher Rochefort wieder gewählt werden und demgemäß mit neuem demokratischem Heiligenschein umgeben erscheinen wird.

Nicht weniger unklug war die Art der Verhaftung, welche zu Unruhen Anlaß gab, die, obwohl an sich nicht bedeutend, sehr unliebsame Folgen hatten. Am nächstfolgenden Morgen waren an 500 Personen arretirt, das muß ein lähmendes Gefühl der Unsicherheit geben, Handel und Wandel stören, Fremde wegtreiben, mag auch die Unfehlbarkeit der Chassepôts noch so feststehen. Die Demokraten sind wüthend und schüren die Erbitterung in den unteren Volksklassen, die conservativen Classen sind beunruhigt und meinen schon, das persönliche Regiment habe doch wenigstens Ruhe gesichert. Unter diesen conservativen Classen steht natürlich die Schicht voran, welche durch die Rechte im Corps législatif vertreten wird, aber noch bedeutsamer ist die Schicht, welche man herkömmlich *la petite bourgeoisie* nennt. Diese ist an sich weder orleanistisch noch bonapartistisch, sie wünscht Ruhe, fürchtet vor allem die Revolution, aber wünscht ein gemäßigt liberales Regiment und hatte auf Ollivier dafür gezählt. Gerade diese Classe nun macht derselbe durch seine Mißgriffe kopfscheu, sie tritt noch nicht offen gegen ihn auf, aber sie stützt ihn nicht mehr. Und doch zeigt die neuere französische Geschichte, daß eine Regierung sich nur dann halten kann, wenn dieser kleine Bürgerstand ihr wenigstens eine passive Unterstützung gewährt.

Die nächste Folge ist, daß die Durchführung der Wahlreform sehr erschwert ist. Wir wiesen schon früher (Das französische Ministerium Nr. 4, S. 127) darauf hin, daß hierin der kritische Punkt für die Regierung liege, daß die meisten Mitglieder derselben sie früher als unumgänglich nothwendig gefordert, daß aber Ollivier's Mitwirkung bei Bestätigung der faulen officiellen Wahlen darauf schließen lasse, daß er die Sache jedenfalls verschieben wolle. Seine neuesten Erklärungen haben diese Annahme zur Gewißheit gemacht, als Picard und Favre die Auflösung der Kammer aufs Tapet brachten, welche nur eine Majorität des vorigen Regimes repräsentire, erwiderte Ollivier, daß die Vertretung des Landes in der Majorität dieses Hauses liege, welche von der öffentlichen Meinung aufgeklärt und unterstützt werde. Eine Minorität, welche sich das ausschließliche Recht zuschreiben wolle, im Namen der Nation zu sprechen, verfare weder constitutionell noch mit der schuldigen Achtung für ihre Collegen. Was die Auflösung betreffe, so begreife er recht gut, daß diejenigen davon sprächen, deren Politik darin be-

stehe, die Wiederaufnahme der Geschäfte zu verhindern und das Vertrauen im Lande nicht aufkommen zu lassen. (Stürmische Unterbrechungen.) Aber er begreife nicht, wie die Männer der Opposition, welche sich stets gegen eine reactionäre Politik verwahrt und dies auch neuerdings thatsächlich bewiesen, einer Forderung zustimmen könnten, welche die Verleugnung und die Satire ihrer eigenen wie der ministeriellen Politik sein würde. Die Regierung wolle auf der eingeschlagenen liberalen Bahn verharren, aber Bedingung dafür sei Ruhe auf der Straße und Achtung vor der Majorität der Kammer. Wenn man unaufhörlich die Entscheidungen des allgemeinen Stimmrechts anfechte, so ziehe man der Gesellschaft den Boden unter den Füßen weg.

Mit dieser Erklärung hat Olivier sich allerdings aufs neue den Dank der Rechten und des kaiserlichen Leibjournalisten Clément Duvernois verdient, aber schwerlich seine Stellung befestigt. Das Verlangen nach baldiger Auflösung des gesetzgebenden Körpers wird immer allgemeiner, selbst die unabhängigen Blätter, welche die Regierung zu stützen wünschen, stimmen in dies Verlangen ein und ein so gemäßigter Mann wie Prévost-Paradol erhebt im Journal des Débats offen seine Stimme dafür. Die jetzige Kammer, ein Ueberbleibsel des alten Systems, dürfe nur fortbestehen, bis das Budget votirt und ein neues Wahlgesetz geschaffen sei; noch ein Jahr zu warten in so bewegter Zeit und Angesichts einer Versammlung, welche so zusammengesetzt sei, daß sie zugleich materiell das Ministerium stürzen oder es durch hingebende Unterstützung schwächen könne, sei eine Unklugheit, welche der Unmaßung verwandt scheine. — Das ist vollkommen richtig; wie die Dinge liegen, fühlt keine der Parteien in der Kammer sich recht an ihrer Stelle. Allerdings verfügt das Ministerium bis jetzt über eine starke Majorität, aber wie setzt sich dieselbe zusammen? Zunächst aus der Rechten, welche die Maßregeln der Minister mit unverkennbarem Mißtrauen verfolgt und strebt einen Theil des Cabinets zu sich herüberzuziehen, die Mitglieder des linken Centriums aber durch ihre Candidaten zu ersetzen. Sodann aus den beiden Centren, von welchen das linke seine Verstimmung offen zeigt und sich ernstlich über die Zögerung beklagt, welche die Regierung bei der Verwirklichung ihres Programms eintreten läßt. Geradezu erbittert aber ist die Linke, der die Majorität durch die Tagesordnung die Mittel abschneidet, liberale Gesetzesentwürfe vorzubringen, und die doch fühlt, daß ein offener Kampf gegen das Ministerium nur zum Vortheil der Rechten ausschlagen werde; daher trotz großer Majoritäten allgemeine Verstimmung, welche Olivier durch seine Erklärung gegen die Auflösung nur vermehrt haben wird.